

Reallohns um nochmals vier Prozent und einen fast totalen Investitionsstopp bei der verstaatlichten Industrie.

Der sozialistische Ministerpräsident Mário Soares, der den Portugiesen nach seinem Wahlsieg vor einem Jahr nur „Schweiß und Tränen“ versprochen konnte, hat diese harte Austeritäts-Politik bislang zähneknirschend vollzogen. Erneuten Preiserhöhungen von Grundnahrungsmitteln aber will er jetzt nicht mehr so leicht zustimmen: Die Polizei hatte erfahren, daß hungrige Arbeitslose in den Lissabon-Vororten Almada und Amadora Supermärkte überfallen wollten. Eine soziale Explosion wie kürzlich in Tunesien oder Marokko – das hätte zum zehnjährigen Revolutionsjubiläum gerade noch gefehlt.

Hunger, so bezeugen Mitglieder der Lehrgewerkschaft in Lissabon, sei in vielen Schulen inzwischen das Hauptproblem. „Wie sollen wir Kindern etwas beibringen, denen es an der Tafel vor Hunger schlecht wird?“ fragten Lehrer der Fünften Grundschule von Baixa da Banheira bei Lissabon. Zwar hat die Regierung kostenlose Milchausgabe für die ärmsten Schüler organisiert, doch die Milch kommt nicht immer bis zu den hungrigen Kindern.

Korruption und Schmuggel sind kein neues Phänomen in Portugal. Doch in der krisengeschüttelten Demokratie blühen sie üppiger denn je. Die Fischer, die eigentlich im Nordmeer Kabeljau fangen sollen, kehren nicht selten mit wenigen Fischen, aber mit auf See geladener Schmuggelware zurück, die sie dann auf dem Schwarzmarkt verkaufen.

Und Bauern treiben ihre Kühe, für die sie staatliche Aufzuchtprämien erhalten haben, oft nächtens über die Grenze nach Spanien, wo das Fleisch teurer ist. Der Fleischkonsum, in Portugal ohnehin um mehr als die Hälfte niedriger als in den EG-Staaten, sinkt ständig, allein im vergangenen Jahr um fast 35 Prozent.

15 Milliarden Dollar wurden in den letzten sieben Jahren falsch investiert, beklagt Industrieminister José Veiga Simão. Wieviel davon in welche privaten Taschen floß, ist nicht bekannt.

Ein „Klima der Enttäuschung, Frustration und Niedergeschlagenheit“ hatte schon vor eineinhalb Jahren der Revolutionsrat, damals noch höchstes militärisches Gremium und zugleich Verfassungsorgan, beklagt, bevor er durch eine Verfassungsänderung abgeschafft wurde, womit die Macht ganz an die zivilen Politiker zurückging. „Apathie und Demoralisierung“ hatte auch Ministerpräsident Mário Soares, der heute Optimist sein muß (siehe Interview Seite 127), vor einiger Zeit als Hauptmerkmal der Portugiesen festgestellt. Doch damals saßen die Sozialisten noch in der Opposition.

Zehn Jahre nach dem Sturz der Diktatur hat Beklemmung die portugiesische Linke wie die Rechte erfaßt. Und nicht nur die erdrückende Wirtschaftskrise mit

der minimalen Aussicht auf schnelle Lösung hat so viele mutlos gemacht. Auch nicht die Tatsache, daß die in der Verfassung von 1976 festgeschriebenen Ziele – Sozialismus und klassenlose Gesellschaft – in immer weitere Ferne rücken.

Heute erst merken viele Portugiesen, was das Ende des 500jährigen lusitanischen Imperiums wirklich für das Land bedeutet. Lusitanien, dessen Größe der Stolz der Monarchie, der Republik und der Salazar-Diktatur war, findet sich heute als auf seine ursprünglichen Grenzen reduziertes enges Armenhaus am Westrand Europas wieder.

Es ist „ein kollektives Trauma“, unter dem nicht nur die heute noch unveränderlichen Kolonialisten der Diktatur leiden, sondern „auch wir, die wir die

## LIBYEN

### Wie ein Schlachtfeld

**Umzingelst du meine Botschaft, umzingele ich deine: Gaddafi gegen Margaret Thatcher.**

Henker Gaddafi!“ und „Nieder mit dem Diktator!“ riefen die Demonstranten vor dem libyschen „Volksbüro“ am St. James's Square in London. Die Papiertüten und Pudelmützen, die sie sich über die Gesichter gezogen hatten, um inkognito zu bleiben, dämpften das Protestgeschrei. Die Polizisten sahen eher gelangweilt hin. So was passiert in London alle Tage.



**Belagerung des libyschen Volksbüros in London\*:** „Schmeißt sie alle raus!“

Entkolonialisierung gemacht haben“, so Revolutionsoffizier Vítor Alves.

„Es ist, wie wenn wir erst jetzt, nach dem Erdbeben der Entkolonialisierung, aus einer tiefen Bewußtlosigkeit erwacht wären, niemand weiß in der ersten Orientierungslosigkeit wohin“, sagt António José Saraiva, Professor für portugiesische Kunst- und Literaturgeschichte an der Lissabonner Universität.

Die Linke versucht das Trauma zu überspielen, die Rechte schildert die Situation in larmoyanten Tönen: „Land ohne Ziel“, so hat General Spínola, Ex-Präsident und inzwischen zum Marschall befördert, ein Buch tituiert. „Hier stirbt alles, weil alles so klein geworden ist“, klagt die Autorin Teresa Martins de Carvalho in ihrem Buch „São Sebastião e eu“, „nichts ist größer als unsere Seele, aber die treibt auf einem steuerlosen Kahn, geschlagen, deprimiert und gedrückt durch das Gelächter und Gespött des Auslandes.“

Doch da öffnete sich im zweiten Stock des Botschaftsgebäudes ein Fenster, und eine Maschinenpistole begann zu rattern. „Es dauerte zehn Sekunden, der ganze Platz schien zu explodieren“, sagte Filmproduzent Ray Barker, der die Szene beobachtete. „Danach sah es aus wie ein Schlachtfeld.“

Elf Demonstranten waren getroffen. Polizeikonstablerin Yvonne Fletcher, 25, aus Dorset wand sich mit einem Bauchschuß am Boden. Sie starb wenige Stunden später im Westminster Hospital.

Die Schüsse von St. James schienen Großbritannien vorige Woche die schwerste außenpolitische Herausforderung seit dem Ende des Falkland-Konflikts zu bescheren. Spezialeinheiten der Anti-Terror-Brigade „SAS“ umstellten die libysche Botschaft am St. James's Park

\* Polizeibeamte bringen Sichtblenden an der Zufahrtstraße zur Botschaft an.



Polizisten am St. James's Park  
„Das Mördernest ausmisten“

und forderten die Insassen zur Übergabe auf.

Daraufhin machte auch Tripolis mobil. Staatschef Gaddafi, der laut „Daily Mirror“ „seine Finger hinter jedem einzelnen Schuß gehabt hat“, ließ zunächst „Revolutionsgarden“ und Armee-Einheiten um die Briten-Botschaft in Stellung gehen. Für den Fall, daß die Regierung in London ihren „bestialischen Akt“ nicht unverzüglich beende, teilte er mit, drohe er Großbritannien „Vergeltung mit allen Mitteln“ an.

Die Talfahrt der britisch-libyschen Beziehungen hatte bereits im Februar mit der Übernahme der libyschen Vertretung in London durch eine Gruppe „revolutionärer Studenten“ begonnen. Gut zwei Wochen nach dem Wachwechsel in St. James gingen in Großbritannien kurz nacheinander sieben Sprengsätze hoch, die wahrscheinlich von Libyern gelegt worden waren.

Insgesamt registrierte Scotland Yard 27 Verletzte. Fünf Libyer wurden als mutmaßliche Täter ausgewiesen, zwei weitere unter dringendem Tatverdacht festgenommen.

Das „Volksbüro“ wies alle Verantwortung weit von sich. Büro-Sprecher Umar Sudani erläuterte in einer Presseverlautbarung, daß Libyen aufgrund der arbeitsteilig organisierten libyschen Rechtsfindung gar nicht gegen die Volksschädlinge habe einschreiten müssen. Denn: „Es gibt einmal den libyschen Staat, der Leute verurteilt und hinrichtet, und es gibt Privatleute, die auf sich selbst gestellt richten und entsprechend verfahren dürfen.“

Wo es an solcher Privatinitiative mangelte, greift freilich die Zentrale zuweilen wegweisend ein. Im Frühjahr 1980 starben in verschiedenen europäischen Hauptstädten sieben libysche Oppositio-

nelle im Feuer ambulanter Todesschwadronen, die Gaddafi nach eigenem Bekenntnis auf die Reise geschickt hatte.

Zwei der Täter wurden in London zu lebenslanger Haft verurteilt. Botschaftssekretär Mussa Kussa mußte das Land verlassen, nachdem er öffentlich die Ermordung zweier weiterer Exil-Libyer angekündigt hatte. Tags drauf flogen Brandbomben gegen die britische Botschaft in Tripolis.

London gilt als die Metropole Gaddafi-feindlicher Gegenrevolutionäre. Die Mehrheit der rund 7000 Libyer in Großbritannien zählt Gaddafi zu der Gemeinschaft der „heulenden Hunde, die verbrecherische Handlungen gegen das libysch-arabische Volk begangen haben“.

So wie die Ereignisse am St. James's Square abliefen, hatte Scotland Yard Zweifel, daß die verhängnisvollen Schüsse die spontane Wahnsinnstat eines Zeloten waren. Das Volksbüro hatte, in Kenntnis der angemeldeten Demonstration, zwei Kamerateams der Agentur UPI/TN engagiert, um das Geschehen filmen zu lassen.

Nach dem Blutbad nahm ein Mitglied des Volksbüros den Horror-Film in Empfang und raste damit zum Flughafen Heathrow, wo das Material von einer wartenden Maschine der „Libyan Arab Airlines“ übernommen werden sollte. Weil der Kurierwagen unterwegs von der Polizei abgefangen wurde, ließ sich das libysche Fernsehen per Satellit den Streifen rechtzeitig zu den Abendnachrichten überspielen.

Obwohl das Videoband den Ablauf des Geschehens unzweideutig dokumentiert, stellte Radio Tripolis den Vorgang auf den Kopf: „Libysche und andere ausländische Agenten des britischen Geheimdienstes“, so hieß es, hätten das

Botschaftsgebäude gestürmt, worauf den Patrioten vom Volksbüro keine Wahl geblieben sei, als sich mit der Waffe gegen die „schreckliche terroristische Aktion“ zu verteidigen.

Premierministerin Margaret Thatcher, die sonst nicht konfliktscheue eiserne Lady, sah ihre Bereitschaft zu spontanem Aktionismus in diesem Fall beschränkt. Sie mußte bei hartem Durchgreifen mit Repressalien gegen die 8000 in Libyen lebenden Briten rechnen.

Presse und Parteivertreter sind sich einig wie nie in ihrer Forderung, „das Mördernest am Saint James's Square auszumisten“, so der „Daily Express“. David Owen, der sonst eher verbindliche Chef der Sozialdemokratischen Partei, brachte die Meinung seiner Parteifreunde und auch die vieler Tories und Labour-Abgeordneter auf den kurzen Nenner: „Schmeißt sie alle raus.“

## KOLUMBIEN

### Krankes Land

**Guerilla, Todeskommandos, Terror – der populistische Präsident Betancur versucht mit der Gewalttätigkeit in seinem Land fertig zu werden.**

Zuerst brachten sie die Kommunisten zum, dann die Sozialisten, die Liberalen und die Gewerkschafter. Nachher richteten sie die Viehdiebe hin, auch wenn sie nur ein Huhn gestohlen hatten, dann die Straßenräuber und die Taschendiebe. Zum Schluß ermordeten sie

\* Angebliche Spione der Armee kurz vor der Erschießung; das Mädchen links verfehlte nach Angaben des Photographen die Opfer.



Exekution zweier Männer durch Guerrilleros\*: „Die Hölle kommt nicht nach dem Tod“